

## Protokoll Nr. 3 (2011-2015)

### der öffentlichen Planungskonferenz des Beirates Vahr am 06.02.2015 in der Mensa der Grundschule Paul-Singer-Straße: „Bildung für Chancengerechtigkeit und Integration – Schulentwicklung in der Vahr“

Beginn: 14.30 Uhr                      Ende: 18.50 Uhr

Anwesend waren:

a) vom Beirat	Herr Benthien Frau Kößling-Schumann Herr Siegel	Frau Früh Frau Markus Frau Walecki
---------------	-------------------------------------------------------	------------------------------------------

b) vom Ortsamt	Frau Dr. Mathes Herr Berger
----------------	--------------------------------

c) als Gäste	Herr Nelson, Frau Reiske, Herr Frese, Herr Kehlenbeck, Frau Schroth, Frau Herrmann-Weide, Herr Sygusch, Herr Dr. Sorge (Senatorin für Bildung und Wissenschaft) Frau Wagner, Herr Dahlenberg (Grundschule Paul-Singer-Straße) Frau Bernau (Grundschule Witzlebenstraße) Frau Ehrhorn (Grundschule In der Vahr) Herr Borges (Oberschule Julius-Brecht-Allee) Herr Heinrichs (Oberschule Kurt-Schumacher-Allee)
--------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

#### Teil 1: Begrüßung und Einleitung

Frau Dr. Mathes begrüßt die Gäste und bedankt sich bei den Vertreter/innen aus dem Haus der Senatorin für Bildung und Wissenschaft für deren zahlreiches Erscheinen und die vorab überlassenen Informationen.<sup>1</sup>

Sie erinnert daran, dass das Instrument Planungskonferenz mit der Überarbeitung des Beirätegesetzes 2010 neu eingeführt worden sei und dazu diene, stadtteilrelevante Planungen frühzeitig in die Wege zu leiten, und dem Beirat die Möglichkeit eröffne, sich rechtzeitig auf eine eigene Position zu verständigen.

Frau Dr. Mathes betont, dass Chancengerechtigkeit und Integration im Stadtteil Vahr von besonderer Bedeutung seien. Etwa 45% aller Bewohner/innen der Vahr verfügten über einen Migrationshintergrund. Die besonderen Herausforderungen für Kindertageseinrichtungen und Schulen ergäben sich aus einem Anteil von 73% bei den unter 6-Jährigen und einem Anteil von 60% bei den 15- bis 18-Jährigen. Eine neue Aufgabe stelle sich mit dem Zuzug von Flüchtlingen in die Vahrer Wohnungen der Gewoba AG. Damit erhöhe sich die Zahl der schulpflichtigen Kinder und es hielten neue Sprachen in den Stadtteil und die Schulen Einzug, insbesondere Arabisch, slawische Sprachen vom Balkan und Sprachen aus dem nord-afrikanischen Raum.<sup>2</sup>

Herr Siegel zeigt sich erfreut über das Zustandekommen der heutigen Planungskonferenz. Die Vahr sei „ein Stadtteil mit Herausforderungen“. Aus diesem Grund seien der Aufbau und die Gestaltung von Ganztagschulen, eine umfassende Sprachförderung und allgemein die Integration von besonderer Bedeutung. Der Beirat Vahr habe sich mehrfach für eine Ausweitung der Sprachförderung eingesetzt, bspw. auf der Beiratssitzung am 19.11.2013.<sup>3</sup> In dieser Hinsicht sei glücklicherweise bereits einiges geschehen: Herr Siegel erinnert an die

<sup>1</sup> Die von der Senatorin für Bildung und Wissenschaft vorab zugesandten Informationen gingen den Mitgliedern des Beirats bereits per eMail zu und sind diesem Protokoll als **Anlage 1** angefügt.

<sup>2</sup> Zur Anzahl der Flüchtlinge im Wohnungsbestand der Gewoba AG siehe das Protokoll der Beiratssitzung am 20.01.2015 unter [http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/sixcms/media.php/13/150120\\_Protokoll.pdf](http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/sixcms/media.php/13/150120_Protokoll.pdf).

<sup>3</sup> Zum Protokoll der Beiratssitzung am 19.11.2013 siehe unter <http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/sixcms/media.php/13/Pr.%2026%2019.pdf>.

Ausweitung der „Bremer Lese-Intensiv-Kurse“ (BLIK)<sup>4</sup> und an eine weitere Elternlotsin für Sprachen aus dem afrikanischen Raum an der Grundschule Paul-Singer-Straße und an eine Zuweisung von jeweils € 2.000 durch die „Bremer Schuloffensive“ für die drei Vahrer Grundschulen. Aber es bedürfe weiterer Unterstützung für den Stadtteil. Der alljährlich unter den 4- bis 5-jährigen Kindern durchgeführte Cito-Sprachtest ergebe in der Vahr einen Sprachförderbedarf von fast 50%. Eine erneute Testung zu Beginn des ersten Schuljahres habe zuletzt in der Grundschule Paul-Singer-Straße einen anhaltenden Förderbedarf bei über 42% der Kinder ergeben, selbst unter den Schüler/innen der 5. Klasse an der Oberschule Kurt-Schumacher-Allee (KSA) lasse sich ein Förderbedarf von 20% feststellen.

## Teil 2: Ausbau der Vahrer Grundschulen als offene Ganztagschulen

### Berichte aus den Vahrer Grundschulen

Frau Wagner erläutert an Hand einer Präsentation die gebundene Ganztagsgrundschule Paul-Singer Straße und stellt fest, dass es sich bei einer Ganztagschule um ein erweitertes Bildungsangebot handele.<sup>5</sup> Sie verweist auf:

- die Leitsätze der Grundschule und hier insbesondere auf deren Gesundheits- und Sportprofil;
- die Verstetigung inklusiver Beschulung;
- die klassenübergreifenden „Förderbänder“ für Mathematik und Deutsch und
- die Atelier-Angebote und Arbeitsgemeinschaften für den vierten Jahrgang.

Frau Ehrhorn stellt ebenfalls an Hand einer Präsentation die Grundschule In der Vahr und deren Konzept für die offene Ganztagschule vor<sup>6</sup> und stellt fest, dass mit der Grundschule In der Vahr der erste Grundschulstandort, an dem Kinder mit dem Förderbedarf Wahrnehmung und Entwicklung (W+E) beschult werden, offene Ganztagschule werde. Entsprechend werde auch der offene Ganztags tag inklusiv sein. Ab dem Schuljahr 2015/ 16 würden alle Kinder (wie bisher) bis 13 Uhr die Schule besuchen und anschließend bis zu 120 Kinder – die von der Senatorin für Bildung und Wissenschaft bislang zugesagte Anzahl an Plätzen – den offenen Ganztags tag besuchen; der Ganztags tag finde wahlweise bis 15 und bis 16 Uhr statt. Die bisher vorliegenden Anmeldungen für den offenen Ganztags tag ließen einen hohen Bedarf erkennen.<sup>7</sup>

Frau Ehrhorn problematisiert folgende Sachverhalte:<sup>8</sup>

- der Schule stünden für den Förderbereich Lernen, Sprache und Verhalten nur noch 38 Lehrerstunden zur Verfügung, ehemals seien es 49 Stunden gewesen;
- da auch W+E-Kinder den Ganztags tag nutzen würden, müsste entsprechend auch nachmittags das notwendige Personal zur Verfügung stehen; dies sei bislang nicht gegeben. Ebenfalls ungeklärt sei, ob der Bustransport für diese Kinder gewährleistet sei;
- bislang betreibe Kita Bremen in der Bispinger Straße einen Hort und stelle dort auch sieben sog. IHTE-Plätze zur Verfügung. Da dieser Hort geschlossen werde, stelle sich die Frage, ob die IHTE-Plätze an die Grundschule In der Vahr verlagert würden;<sup>9</sup>
- unklar sei auch, wie es sich zukünftig mit der Ferienbetreuung verhalte.

Mit einer weiteren Präsentation stellt Frau Bernau die Grundschule Witzlebenstraße und deren Konzept für den offenen Ganztagsbetrieb vor.<sup>10</sup> Frau Bernau betont, ihre Schule lege Wert auf eine gute Zusammenarbeit mit den Eltern und darauf, Schule als einen sicheren Ort für alle Kinder zu gestalten. Frau Bernau weist auf folgende Problemstellungen hin:

<sup>4</sup> Zu den Bremer Lese-Intensiv-Kursen (BLIK) siehe das Sprachbildungskonzept des Bremer Senats unter <http://www.bildung.bremen.de/sixcms/media.php/13/sprachbildungskonzept.pdf>, auf Seite 14.

<sup>5</sup> Die Präsentation zur Grundschule Paul-Singer-Straße ist als **Anlage 2** diesem Protokoll angefügt.

<sup>6</sup> Die Präsentation zur Grundschule In der Vahr ist als **Anlage 3** diesem Protokoll angefügt.

<sup>7</sup> Siehe hierzu Folie 7 der Präsentation (Anlage 3). Die Zahlen für die Kinder der zukünftigen ersten Klassen liegen noch nicht vor!

<sup>8</sup> Siehe hierzu die Folien 5 und 8 der Präsentation (Anlage 3).

<sup>9</sup> Die IHTE (Integrierte Heilpädagogische Tageserziehung)-Plätze am Standort Bispinger Straße werden von Kita Bremen in Zusammenarbeit mit der Hans-Wendt-Stiftung bereitgestellt. Das Angebot richtet sich an Kinder im Grundschulalter mit Verhaltensauffälligkeiten, Behinderungen und Entwicklungsstörungen.

<sup>10</sup> Die Präsentation zur Grundschule Witzlebenstraße ist als **Anlage 4** diesem Protokoll angefügt.

- für die 80 Ganztagsplätze, die ab dem Schuljahr 2015/ 16 für alle vier Jahrgänge zur Verfügung ständen, lägen bislang 135 Anmeldungen vor;<sup>11</sup>
- Kinder, die den offenen Ganzttag besuchten, und Kinder, die nach der garantierten Halbtagschule um 13 Uhr nach Hause gingen, müssten weiterhin die gleichen Chancen haben;
- für den Förderbereich und die Angebote ab 15 Uhr müssten weitere personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.<sup>12</sup>

Herr Sygusch stellt fest, dass es ab dem Schuljahr 2015/ 16 in der Vahr nur noch Ganztagsgrundschulen geben werde. Sowohl die Grundschule In der Vahr als auch die Grundschule Witzlebenstraße sehe er dabei auf einem guten Weg. Von Seiten der Senatorin für Bildung und Wissenschaft werde die Zahl der Plätze für den offenen Ganztagsbetrieb weder personell noch sachlich-materiell begrenzt, eine Begrenzung gebe es lediglich durch die vorhandenen räumlichen Kapazitäten. Herr Sygusch stellt weiter fest, dass

- der kath. Gemeindeverbund St. Raphael den Hort-Standort St. Hedwig schließen werde;
- Kita Bremen mit den Standorten Bispinger Straße, Witzlebenstraße und Heinrich-Imbusch-Weg vermutlich in gleicher Weise verfahren werde;
- die IHTE-Plätze aus der Bispinger Straße an die Grundschule In der Vahr verlagert würden;
- für die W+E-Kinder, die an der Grundschule In der Vahr den offenen Ganzttag besuchten, die notwendigen Transportbusse nach Bedarf zur Verfügung ständen und
- das notwendige Personal für die Ganztagsbetreuung von W+E-Kindern ebenfalls gewährleistet werde.

### **Darstellung des Sachstands und der Planungen des Bildungsressorts<sup>13</sup>**

Frau Schroth führt aus, dass sich die Notwendigkeit verstärkter Sprachförderung v.a. in Stadtteilen wie der Vahr stelle:<sup>14</sup> Es gebe eine weit verbreitete Armut, bildungsferne Elternhäuser und viele Kinder, deren Erstsprache nicht Deutsch sei. Da Bremen zukünftig keine BaföG-Mittel mehr aufbringen müsse, stünden zusätzliche Mittel für die Sprachförderung in den Klassen 1 und 2 zur Verfügung, für die Oberschulen würden weitere zehn Wochenstunden für die Sprachförderung bereitgestellt.<sup>15</sup> Außerdem hätten die Deputation für Bildung und Wissenschaft sowie die Deputation für Soziales, Kinder und Jugend inzwischen das Modellprojekt „Durchgängigkeit in der Sprachbildung von der Kita in die Grundschule – Sprachbildung von Anfang an“ beschlossen, das in der Vahr die Grundschule Paul-Singer-Straße und das Kinder- und Familienzentrum Carl-Severing-Straße betreffe.<sup>16</sup>

Herr Kehlenbeck stellt fest, dass es inzwischen an 23 Grundschulen Vorkurse (Sprachförderkurse) gebe.<sup>17</sup> In diesen machten die Kinder von Flüchtlingen augenblicklich einen Anteil von 45 bis 50% aus, die Tendenz sei aber deutlich steigend. Er gehe davon aus, dass in einem Jahr nicht mehr Polnisch die verbreitetste Muttersprache in den Vorkursen sei, sondern Arabisch. Nach seiner Beobachtung verändere sich die Stärke der Regelklassen durch Schüler/innen, die einen Vorkurs verließen und in Gänze in die Regelklasse übergingen, bislang nur unwesentlich.

Frau Herrmann-Weide erklärt, dass die Zentren für unterstützende Pädagogik (ZuP) an allen Vahrer Schulen<sup>18</sup> eingerichtet worden seien, um Kinder mit sonderpädagogischem Förder-

<sup>11</sup> Siehe hierzu Folie 8 der Präsentation (Anlage 4).

<sup>12</sup> Siehe hierzu Folie 20 der Präsentation (Anlage 4).

<sup>13</sup> Die Präsentation mit den Planungen der Senatorin für Bildung und Wissenschaft für die Grundschulen sind als **Anlage 5** dem Protokoll angefügt.

<sup>14</sup> Zur Thematik Sprachförderung vgl. die Seiten 6 bis 9 der Vorab-Information der Senatorin für Bildung und Wissenschaft und die Folien 5 bis 10 sowie 18 der Präsentation der Senatorin für Bildung und Wissenschaft (Anlage 5).

<sup>15</sup> Siehe hierzu die Pressemitteilung des Senats unter <http://www.senatspressestelle.bremen.de/sixcms/detail.php?qsid=bremen146.c.126902.de&asl=bremen02.c.730.de>.

<sup>16</sup> Siehe hierzu die Deputationsvorlage „Durchgängigkeit in der Sprachbildung von der Kita in die Grundschule – Sprachbildung von Anfang an. Planung eines Modellprojektes an fünf Standorten im Stadtgebiet Bremen“ unter [http://www.bildung.bremen.de/sixcms/media.php/13/Top4+G+148-18-Sprachf\\_Anf-An-neu\\_03.pdf](http://www.bildung.bremen.de/sixcms/media.php/13/Top4+G+148-18-Sprachf_Anf-An-neu_03.pdf).

<sup>17</sup> Zur Thematik Vorkurse und Folgewirkungen auf den Regelunterricht vgl. die Seiten 10 bis 13 der Vorab-Information und die Folien 11 bis 15 der Präsentation (Anlage 5).

<sup>18</sup> Ausgenommen sind das Schulzentrum Carl-Goerdeler-Straße und die Berufsbildende Schule für Einzelhandel und Logistik.

bedarf, aber auch andere Kinder mit „Schwächen“ zu unterstützen.<sup>19</sup> Zu den Aufgaben der ZuP gehörten die Diagnostik, die Beratung und die Unterrichtserteilung.

Frau Reiske verdeutlicht, dass gegenwärtig die Schulstandort-Planung nach aktuellen Zensus-Daten überarbeitet werde und in diesem Zusammenhang dann auch über die Veränderung von Schuleinzugsgrenzen nachgedacht werden könne.<sup>20</sup>

## Nachfragen und Diskussion

Herr Siegel stellt fest, dass die Schuleinzugsgrenzen im Zusammenspiel von Behörde, Beirat und Grundschulen geprüft werden müssten. Er begrüßt ausdrücklich

- das Modellprojekt „Durchgängigkeit in der Sprachbildung von der Kita in die Grundschule“,
- die verstärkte Sprachförderung in den Klassen 1 und 2 sowie
- die in Aussicht gestellten zusätzlichen Sprachförderstunden für die Oberschulen.

Als nach wie vor nicht zufriedenstellend geregelt betrachte er den Übergang von Schüler/innen aus den Vorkursen in die Regelklassen. Außerdem stellt er die Frage, ob das Projekt Elternlotsen fortgesetzt und ggf. ausgeweitet werden solle.

Herr Kehlenbeck erwidert, dass er die Elternlotsen als ein „wunderbares Projekt“ ansehe. Lediglich in der Vahr unterstütze die Senatorin für Bildung und Wissenschaft mit ca. € 12.000 dieses Projekt. Bislang seien seines Erachtens die Auswirkungen der zunehmenden Zuwanderung auf die Regelklassen nicht augenfällig. Bremen setze darauf, dass zugewanderte Schüler/innen von Anfang an sowohl an den Vorkursen als auch am Regelunterricht teilnähmen. Insbesondere für die Oberschulen sei von einem Sprachförderbedarf von bis zu fünf Jahren auszugehen. Augenblicklich seien dort die Kapazitäten für Vorkurse ausgereizt.

Herr Heinrichs stellt zu den Vorkursen fest:

- Die Schüler/innen, die die Vorkurse besuchten, nähmen ab dem ersten Unterrichtstag auch am Regelunterricht teil, dies betreffe v.a. die Fächer Sport, Kunst und Musik;
- dies habe zur Folge, dass im Grunde für jede Schüler/in ein individueller Stundenplan erstellt werden müsse, weil Vorkurse und Regelunterricht nicht automatisch aufeinander abgestimmt seien;
- die Ausstattung mit zusätzlichen zehn Stunden Sprachförderung bringe eine Erleichterung;
- im Sprachförderbereich seien bislang keine angemessenen Vertretungen verfügbar;
- die KSA biete seit 01.02.2015 den Vorkurs-Schüler/innen drei Wochenstunden Englisch an;
- die KSA könne über die Unterstützung durch Chancenwerk e.V. wöchentlich vier zusätzliche Stunden Sprachförderung und ein iPad mit Sprachmodul anbieten;<sup>21</sup>
- 13 der 16 Sek I-Klassen seien überfrequent, bei den 7. und 8. Klassen um bis zu 10%;
- nach wie vor stelle sich ihm die Frage, warum an Gymnasien keine Vorkurse eingerichtet würden.

Herr Kehlenbeck räumt ein, dass die Auswirkungen der Vorkurse auf die Regelklassen tatsächlich noch ausstünden, eventuell müsse über die Schaffung zusätzlicher Regelklassen in den Oberschulen nachgedacht werden; in den Grundschulen sehe er hingegen noch offene Kapazitäten.<sup>22</sup> Eine besondere Herausforderung sehe er in der Unterrichtung von Schüler/innen mit sonderpädagogischem Bedarf.

---

<sup>19</sup> Zur Thematik Zentren für unterstützende Pädagogik (ZuP) incl. Schulsozialarbeit vgl. die Seiten 14 bis 17 der Vorab-Information (Anlage 5).

<sup>20</sup> Zur Thematik Schuleinzugsgrenzen vgl. die Seiten 17 bis 21 der Vorab-Information und die Folien 16 und 17 der Präsentation (Anlage 5). Zur Überarbeitung der Schulstandort-Planung vgl. die Deputationsvorlage „Fortschreibung der Schulstandortplanung in der Stadtgemeinde Bremen“ unter <http://www.bildung.bremen.de/sixcms/media.php/13/DepuBild+%96+G+13718+%96+Fortschreibung+Schulstandortplanung.pdf>.

<sup>21</sup> Zur Zusammenarbeit der KSA mit Chancenwerk e.V. vgl. unter <http://ksa-bremen.de/sek/chancenwerk/>.

<sup>22</sup> Zu den Vorkursen der Oberschulen vgl. die Folien 21 und 22 aus der Präsentation der Senatorin für Bildung und Wissenschaft zu den Oberschulen (siehe auch Fn 23 und Anlage 6).

Frau Bernau stellt zu den Vorkursen fest:

- Im Grundschulalter würden die Schüler/innen für max. ein halbes Jahr mit wöchentlich 20 Stunden einem Vorkurs zugewiesen, beides sei ihres Erachtens zu wenig;
- an der Witzlebenstraße befinde sich der Vorkurs für alle Vahrer Grundschulen. Schüler/innen der anderen Grundschulen machten sich um 11.45 Uhr auf den Weg zu ihren Grundschulen. Dies sei wenig sinnvoll, weil, wenn sie an ihren Schulen ankämen, eigentlich keine nennenswerte Zeit mehr für Unterricht verbleibe;
- für die Schüler/innen müssten Regelklasse, Kleingruppe und Vorkurs sorgsam gemischt werden;
- der sonderpädagogische Förderbedarf unter den Vorkurs-Schüler/innen nehme zu;
- im Übergang von Klasse 4 nach 5 müssten Plätze in den neuen 5. Klassen freigehalten werden, weil Schüler/innen auch nach der offiziellen Anmeldephase noch neu in die Vorkurse kämen.

Zu den Einzugsgrenzen der Vahrer Grundschulen bemerken Frau Wagner und Frau Ehrhorn, dass die Grenzen an sich kein Problem darstellten, sondern die „festgezurrten Bilder der Eltern“. Sollten im Fall der Grundschule In der Vahr die Grenzen geändert werden, müsse damit gerechnet werden, dass mehr Eltern beantragten, dass ihr Kind an einer anderen Grundschule unterkommen könne.

Frau Ehrhorn unterstützt die Forderung, Plätze für Flüchtlingskinder freizuhalten, denn bislang seien die Vorkurs-Schüler/innen noch nicht im Regelunterricht angekommen. Sie weist darüber hinaus darauf hin, dass sich die Grundschule In der Vahr nach Sozialindikator mit Platz 36 im Mittelfeld der Grundschulen befinde, sich damit aber nicht zutreffend abgebildet sehe.

Sowohl Frau Ehrhorn als auch Frau Bernau sind sich unsicher, ob sie mehr als die bisher vorgesehenen Plätze im offenen Ganzttag zufriedenstellend bewältigen könnten.

Herr Kehlenbeck stellt fest, dass die Zuteilung von Lehrerstunden nach den Sozialindikatoren der Schülerschaft nicht immer ein zufriedenstellendes Ergebnis zeige. Im Vergleich zu anderen Indikatoren seien diese aber am besten geeignet.

Frau Walecki problematisiert den Umstand, dass die durch eine Verschiebung der Schuleinzugsgrenzen beabsichtigte bessere Durchmischung der Schülerschaft zu einem besseren Sozialindikator und damit – unabhängig vom tatsächlichen Bedarf der Schüler/innen – zu weniger Lehrerstunden und weniger Sozialarbeiterstunden führe.

Herr Weigelt sieht an gleicher Stelle einen Zielkonflikt, bewertet eine bessere Durchmischung aber als höherwertig. Die Vahr könne durch eine Veränderung der Schuleinzugsgrenzen davon profitieren, dass die Schwachhauser Grundschulen räumlich an ihre Grenzen stießen.

Frau Walecki vertritt die Ansicht, dass die Zahl der Vorkurse erhöht werden müsse, sollten die Flüchtlingszahlen weiter steigen. Herr Siegel wirft die Frage auf, ob die Wochenstundenzahl der Vorkurse nicht erhöht werden sollte, um zu vermeiden, dass die Schüler/innen zwischen ihrem Vorkurs-Standort und ihrer Grundschule hin- und herwanderten.

### **Teil 3: Weiterentwicklung der Vahrer Oberschulen**

#### **Aktueller Sachstand und laufende Planungen des Bildungsressorts<sup>23</sup>**

Herr Frese verdeutlicht, dass auch die Oberschulen von den frei werdenden Mittel aus der Bafög-Finanzierung profitierten, indem sie bspw. mehr Stunden für die Sprachförderung in den Klassen 5 und 9 zugewiesen bekämen, aber zukünftig auch Vakanzen durch Mutterschutz vollumfänglich vertreten würden. Gegenwärtig seien der Oberstufe der KSA die Oberschulen Julius-Brecht-Allee und Carl-Goerdeler-Straße zugeordnet. Für die Zukunft sei es denkbar, auch die Oberschulen Schaumburger Straße zuzuordnen.<sup>24</sup>

<sup>23</sup>Die Präsentation mit den Planungen der Senatorin für Bildung und Wissenschaft für die Oberschulen sind als **Anlage 6** dem Protokoll angefügt.

<sup>24</sup> Zur Thematik Weiterentwicklung der Vahrer Oberschulen vgl. die Seiten 22 bis 27 der Vorab-Informationen. Zur Frage der Zuordnungen vgl. die Folie 8 der Präsentation, für die Sprachförderung vgl. die Folien 13 bis 15 (Anlage 6).

## Berichte aus den Vahrer Oberschulen

Herr Borges stellt für die Oberschule Julius-Brecht-Allee (JBA) Folgendes fest:

- Es sei zu begrüßen, dass zukünftig Vakanzen auf Grund von Mutterschutz vollumfänglich vertreten würden;
- Vertretungen auf Grund der sog. Partnermonate in der Elternzeit seien schwer zu organisieren;
- eine Ganztagsbeschulung auch im 8. Jahrgang käme den Schüler/innen als verlängerte Lernzeit zugute;
- von 558 Schüler/innen hätten 319 eine nicht-deutsche Erstsprache. Daraus folgere er, dass nicht nur die explizite Sprachförderung zu verstärken, sondern auch der reguläre Deutschunterricht entsprechend anzupassen sei;
- in den Klassenstufen 8 bis 10 fehlten altersgemäße Angebote;
- mit den Elternlotsen mache die Schule gute Erfahrungen, hinsichtlich der Flüchtlingskinder müssten die Sprachmittler/innen stärker einbezogen werden;
- es sei sinnvoll, Lehrerstunden für „abschlussbezogene Studierzeiten“ zur Verfügung zu haben.

Herr Heinrichs äußert sich zur Oberschule Kurt-Schumacher-Allee (KSA) wie folgt:

- die Ausstattung zur Schulsozialarbeit und zur Inklusion sei zufriedenstellend, allerdings fehle es an einer Vertretungsreserve bei der inklusiven Beschulung;
- bei jeder Elternzeit müsse im Grunde ein neuer Stundenplan entworfen werden und jede Elternzeit führe zu einem Wechsel bei den Fachlehrer/innen. Hier erwarte er mehr Planungssicherheit ;
- die KSA erhalte über den Sozialstrukturausgleich nur 16 Wochenstunden. Hier wünsche er sich eine andere Umverteilung;
- die KSA beschule in diesem Schuljahr erstmals einen 8. Jahrgang und habe für 31% der Schüler/innen festgestellt, dass bei ihnen ein Übergang in die gymnasiale Oberstufe möglich sei. Als diese Schüler/innen in den 5. Jahrgang gekommen seien, habe die Erwartung lediglich bei 15 bis 20% gelegen;
- allerdings bestehe bei 8 bis 9 Schüler/innen auch die Erwartung, dass sie ohne Abschluss die Schule verlassen werden. Hier müsse mit zusätzlicher Förderung gesteuert werden;
- statt auf Elternlotsen greife die Schule zunehmend auf die im Lehrkörper vorhandenen Muttersprachen zurück;
- die Zeugnisausgabe erfolge nur in Verbindung mit einem Elterngespräch;
- die Schule habe einen sehr aktiven Elternbeirat;
- es sei wünschenswert, dass Schulen mit hohem Sozialindikator, wie die KSA, ein Vortrecht bei der Auswahl neuer Lehrkräfte hätten.

Herr Nelson betont, dass die Oberschulverordnung bereits heute so viel Flexibilität biete, dass abschlussbezogene Studierzeiten eingerichtet werden könnten.

Herr Frese räumt ein, dass die sonderpädagogische Versorgung zum Teil nicht ausreichend sei. Außerdem versuche die Behörde augenblicklich, für die Schulen bei Vertretungen mehr Planungssicherheit zu erreichen.

## Darstellung des Sachstands und der Planungen des Bildungsressorts

Herr Dr. Sorge stellt an Hand einer Präsentation das sog. Helgoländer Modell vor.<sup>25</sup>

Frau Herrmann-Weide unterstreicht, dass die Zentren für unterstützende Pädagogik auch im Bereich der Berufsorientierung wirken sollen. Außerdem weist sie darauf hin, dass die Zeugnisverordnung 2013 so geändert worden sei, dass ein Allgemeines Zeugnis ausgestellt werde, das die individuellen Kompetenzen bescheinige, wenn die Einfache Berufsbildungsreife nicht erreicht werde.

---

<sup>25</sup> Vgl. Folie 14 der Präsentation (Anlage 6).

Herr Sygusch erklärt, dass das Bildungsressort eine Ganztagsbeschulung im 8. Jahrgang aus pädagogischen Gründen zwar unterstütze, aber die notwendigen finanziellen Mittel (> € 1.000.000) nicht zur Verfügung stellen könne, um sie flächendeckend einzuführen.

Herr Heinrichs sieht das Helgoländer Modell nicht als zielführend an, weil es Stunden aus dem Fachunterricht zugunsten der Sprachförderung entnehme. Statt für alle Sprachförderung zu betreiben, verspreche er sich mehr von gezielten Angeboten für bessere Schüler/innen.

Herr Borges weist darauf hin, dass die anfänglichen Bedenken gegen die inklusive Beschulung gewichen seien und inzwischen sowohl die Schüler/innen als auch die Lehrer/innen die Doppelbesetzung in den Inklusionsklassen als Gewinn betrachteten. Die Lehrwerke für den Deutsch-Unterricht seien noch nicht an die Notwendigkeit kontinuierlicher Sprachförderung angepasst, außerdem müsse Sprachförderung noch stärker in den Regelunterricht integriert werden.

### **Nachfragen und Diskussion**

Herr Siegel betont die Möglichkeit, den Ganztagsschulbetrieb für den 8. Jahrgang an ausgewählten Schulen einzuführen – vergleichbar der Schulsozialarbeit, die nach bestimmten Kriterien nicht allen Schulen zugewiesen worden sei. Frau Walecki unterstützt diese Ansicht.

Herr Sorge teilt mit, dass das Bildungsressort die Absicht habe, für die zusätzliche Sprachförderung in den Jahrgängen 5 und 6 sowie 9 und 10 Fortbildungen anzubieten sowie sog. Förderteams ins Leben zu rufen.

### **Teil 4: Ausblick und Verabredungen**

Herr Nelson zeigt sich erfreut, dass vieles wie gewünscht funktioniere. Außerdem seien mit dem Modellprojekt „Durchgängigkeit in der Sprachbildung von der Kita in die Grundschule“ und der zusätzlichen Sprachförderung in den Klassen 1 und 2 sowie 5 und 9 entscheidende Weichen gestellt. Als weitere Aufgabe für die Senatorin für Bildung und Wissenschaft nehme er mit:

- die Frage der Schuleinzugsgrenzen bei den Grundschulen und
- den Ganztagsbetrieb für den 8. Jahrgang.

Herr Siegel ist ebenfalls der Meinung, dass gute Wege zu erkennen seien, und stellt fest, dass Behörde, Schulen und Beirat gut miteinander im Gespräch seien. Mit folgenden Sachverhalten müsse sich der Beirat weiter befassen:

- der Ganztagsbeschulung für den 8. Jahrgang;
- dem wöchentlichen Stundenumfang der Vorkurse im Grundschulbereich und
- den überfrequenten Klassen in der Sekundarstufe I der Oberschule KSA.

Frau Dr. Mathes erklärt, der Beirat und der Fachausschuss „Bildung und Kultur“ würden sich weiter mit der Schulentwicklung in der Vahr befassen und das Thema auf der nächsten Beiratsitzung wieder aufrufen, um zu Schlussfolgerungen aus der heutigen Planungskonferenz zu kommen. Sie schlage vor, dass der Beirat eine Zuordnung der Oberschulen Schaumburger Straße und Am Barkhof zur Oberstufe der KSA fordere.

Abschließend bedankt sich Frau Dr. Mathes bei Frau Wagner und Herrn Dahlenberg für die Gastfreundschaft und bei allen Anwesenden für ihre Teilnahme.

Sprecher

Sitzungsleitung

Protokoll

Siegel

Dr. Mathes

Berger